

Genugtuung über Aufarbeitung von NS-Unrecht

Genugtuung hat der SPD-Landtagsabgeordnete Herbert Heidtmann darüber geäußert, daß Generalstaatsanwälte erneut Todesurteile von NS-Sondergerichten überprüfen.

In mehreren Kleinen Anfragen hatte Heidtmann auf die Problematik revisionsbedürftiger Sondergerichtsurteile aus der NS-Zeit hingewiesen. Er hatte angeregt, vor allem die über 400 Akten von Todesurteilen durch Sondergerichte aus rechtshumanitären Gründen aufzuarbeiten, die im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf aufbewahrt werden. „Die pauschale gesetzliche Regelung über die Gewährung von Straffreiheit aus 1947 und das Gesetz zur Beseitigung nationalsozialistischer Unrechtsurteile vom 25. Mai 1990 reichen vielfach nicht aus“, berichtete Heidtmann aus Gesprächen mit betroffenen Bürgern. Die zu Unrecht Verurteilten und deren Hinterbliebene müßten im Einzelfall rehabilitiert werden und Wiedergutmachung erfahren.

Justizminister beauftragt Generalstaatsanwälte

Zwischenzeitlich hat der Justizminister die Generalstaatsanwälte in Düsseldorf, Hamm und Köln mit der ergänzenden Überprüfung dieser Urteile beauftragt. „Das ist ein erster wichtiger Schritt, der jetzt endlich nötig war“, wertete Heidtmann. Die jetzt fälligen Entscheidungen der zuständigen Oberlandesgerichte bewerten die Betroffenen, so der Landtagsabgeordnete, als einen Erfolg ihrer Bemühungen um die Aufhebung aller NS-Sondergerichtsurteile in Nordrhein-Westfalen. Heidtmann begrüßte, daß NRW nunmehr mit anderen Bundesländern gleichziehe. Er wünsche sich, daß — wie bereits in Hamburg oder Schleswig-Holstein — bei der weiteren Aufarbeitung des NS-Unrechts in stärkerem Maße als bisher Wissenschaftler und Historiker eingeschaltet würden, die gerade auf diesem Gebiet schon hervorragende Vorleistungen erbracht hätten.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 23 03,
884 23 04 und 884 25 45, btx: *568 01#

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Ruth Hieronymi (CDU)

Ob im Plenum oder Hauptausschuß des Düsseldorfer Landtages, ob im Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks oder im Landesvorstand ihrer Partei — die CDU-Abgeordnete Ruth Hieronymi vertritt stets couragiert wie sachkundig ihre Meinung. Und auch wenn ihre kämpferischen Worte mitunter nicht das Gefallen der Parteifreunde — und erst recht nicht ihrer politischen Widersacher — finden, müssen sie doch schließlich das überzeugende Engagement der gelernten Historikerin anerkennen. Die 44jährige Bonnerin nimmt ihre Mandate sehr ernst; ist bereit, auf sehr viel persönliche Freizeit zu verzichten. Und mit einer guten Portion rheinischer Fröhlichkeit geht sie auch an für sie besonders schwierige Aufgaben heran.

In Beuel geboren, besuchte sie die Volksschule und schloß das Gymnasium mit dem Abitur ab. Unmittelbar danach heiratete sie, und Studium sowie Hausfrauen- und später Mutter„pflichten“ liefen dann nebeneinander her. Ruth Hieronymi studierte Geschichte und Soziologie und absolvierte später das Magisterexamen. Als damals 24jährige trat sie 1971 in die CDU ein, wurde noch im selben Jahr Vorsitzende der Jungen Union in Beuel und nahm im Bezirksausschuß ihrer Heimatstadt die ersten kommunalpolitischen Aktivitäten auf. Später, 1975, wurde sie in den Bonner Stadtrat gewählt und engagierte sich dort 15 Jahre lang insbesondere im sozialen Bereich, war auch Vorsitzende des Ausländerbeirates. Zwischen durch gehörte die Stadtverordnete eine Legislaturperiode der Landtagsversammlung Rheinland an.

Das Vertrauen der Parteimitglieder berief Ruth Hieronymi in zahlreiche Ämter: Landesvorsitzende der Jungen Union Rheinland, Mitglied des Landesvorstandes der CDU Rheinland und nach deren Fusion 1986 mit der westfälischen Landespartei, Landesvorstandsmitglied der NRW-CDU. Dem Führungsgremium der Bonner Christdemokraten gehört Ruth Hieronymi bereits seit 1973 an.

Als sie 1985 erstmals in den Düsseldorfer Landtag einzog, widmete sie sich insbesondere dem sozialen Bereich, den Problemen von Jugend und Familie. Dabei setzte sie angesichts knapper öffentlicher Mittel auf die Selbsthilfegruppen. „Ob es nun Frauen, Behinderte, Ausländer oder ältere Menschen sind, sie alle müssen lernen, wie man sich am besten gegenseitig und untereinander hilft.“ Fünf Jahre später, zu Beginn der laufenden Legislaturperiode 1990, wählte ihre Fraktion die Bonnerin zur stellvertretenden Vorsitzenden und entsandte sie als Sprecherin in den gewichtigen Hauptausschuß. Dort engagiert sich die Christdemokratin in der Europa- und Medienpolitik, sie beschäftigt sich mit Verfassungs- und Bundesratsangelegenheiten. Als besondere Anerkennung ihrer Arbeit dürfte die Berufung in die damalige Verfassungskommission von Bundestag und -rat gegolten haben.

Heute ist die Landesparlamentarierin besonders froh über den neuen Artikel 23 im Grundgesetz, der die Beteiligung der Bundesländer in der Europäischen Gemeinschaft sichert.

Als leidenschaftliche Kämpferin für die Vielfalt von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk gewinnt sie immer wieder Aufmerksamkeit im Landtag wie im Rundfunkrat des Kölner Senders. Bereits in den achtziger Jahren focht sie für die duale Rundfunkordnung. Heute möchte sie die Medienpolitik nicht, wie sie den Sozialdemokraten vorwirft, auf eine „reine Standortpolitik“ reduziert sehen, sondern die anstehenden Probleme, wie die Gewaltdarstellung im Fernsehen und die sich abzeichnende Medienkonzentration, müßten durch eine sachgerechte Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages gelöst werden.

Bislang vergeblich allerdings probte die Christdemokratin den „Aufstand“ gegen die Geheimniskrämerei im Rundfunkrat. Sie kann es nicht verstehen, daß man die Tagesordnung dieses Aufsichtsgremiums — wie in einem Kommunalparlament — nicht in einen öffentlichen und einen nicht-öffentlichen Teil gliedern kann. Und die Rundfunkrätin äußert sich betroffen über die „Selbstgerechtigkeit“ im WDR. In den letzten zehn Jahren habe man keiner Programmbeschwerde stattgegeben, keine sei im Rundfunkrat „durchgekommen“. Da stimme nach ihrer Einschätzung etwas nicht, „denn so perfekt kann keiner sein“. Und auch nur, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag zur Pluralität erfülle, sei seine weitere Existenz gerechtfertigt, betont die Medienpolitikerin unmißverständlich. Sie schätzt klare Worte.

Bei so viel Engagement in den verschiedensten Bereichen bleibt die Zeit für Hobbys und persönliche Neigungen knapp. Doch das ist das Los vieler Politiker, die oft zu Unrecht und pauschal in der Öffentlichkeit attackiert werden. Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)